



**Auftaktveranstaltung Gunda-Werner-Institut
Berlin, 15. Juni 2007**

Eröffnungsrede von Barbara Unmüßig, Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung

**Liebe Freundinnen und Freunde,
Sehr geehrte Damen und Herren,**

schön, dass ich Sie alle heute zu unserer Eröffnungsveranstaltung und hoffentlich heute Abend zum Fest des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie willkommen heißen darf. Es ist wunderbar, dass so viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus dem engeren und weiteren Umfeld der Heinrich-Böll-Stiftung den Weg zu uns gefunden haben und uns beim Weg zu neuen Ufern ein Stück begleiten wollen. Wir wollen heute mit der Gründung des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie (GWI) eine neue geschlechterpolitische Etappe in der Heinrich-Böll-Stiftung einläuten.

Blick zurück – nach vorn

Bevor ich unsere Motive für die Gründung des Gunda-Werner-Instituts schildere, erlaube ich mir einen kurzen Blick zurück. Dieser Blick in die Geschichte zeigt, dass die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie viele „Mütter“ und einige „Väter“ hatte. Den Begriff Geschlechterdemokratie brachte die Berliner Soziologin Halina Bendkowski in den 90er Jahren aus der amerikanischen Debatte mit. Begriff und Konzept passten gut zu den Diskussionen, die in den verschiedenen Reform-Arbeitsgruppen der neu entstehenden Stiftung geführt wurden. Gesucht wurde ein neues Profil, das das längst existierende Unbehagen über die Frauenpolitik der 70er Jahre einerseits reflektiert, aber andererseits garantiert, dass die feministischen und frauenpolitischen Wurzeln der Bewegung nicht gekappt werden. Es wurde heftig gestritten, vor allem auch mit den grünen Frauen, von denen einige sehr ablehnend dem Konzept von Geschlechterdemokratie entgegenstanden. Die Reform-AG Frauen entwickelte dann die Idee, in der neuen Stiftung eine Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie als politisches Ziel und Organisationsleitbild einzuführen. Das war Neuland - ebenso wie die spätere Gründung des Feministischen Instituts.

Heute kann die Stiftung fast auf den Tag genau zehn Jahre nach dem Fusionsprozess der drei Einzelstiftungen auf eine stolze Bilanz zurückblicken: Heute können wir mit gutem Grund behaupten: Geschlechterpolitik ist - neben Ökologie und Demokratiep politik - eines der wichtigsten Markenzeichen der Heinrich-Böll-Stiftung in der In- und Auslandsarbeit sowie der Studienförderung. In der Organisations- und Personalentwicklung ist die Stiftung Vorreiterin und Vorbild für viele andere Organisationen geworden.

Das ist das Verdienst vieler Menschen, die ehren- und hauptamtlich Konzepte und Profile entworfen und umgesetzt haben und ganz bestimmt dem Engagement und der Aufbauarbeit von Gunda Werner zu verdanken – ich komme später darauf zurück. Voraussetzung dafür, dass Feminismus und Geschlechterdemokratie einen festen Platz in der Heinrich-Böll-Stiftung haben, war, dass beim Fusionsprozess der drei Einzelstiftungen auch organisatorische Voraussetzungen für beides geschaffen wurden:

Es wurde die „Stabsstelle Geschlechterdemokratie“ aufgebaut, deren Aufgabe es war, kräftige geschlechterdemokratische Impulse in die Organisation und in die Öffentlichkeit hineinzugeben.

Und es wurde das „Feministische Institut“ gegründet. Beide sollten garantieren, dass feministische und geschlechterdemokratische Analysen und Perspektiven in die politische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung einfließen. Schließlich wurden das neu entwickelte Leitbild Geschlechterdemokratie sowie das feministische Institut in der Satzung der Stiftung verankert.

„...[auf die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung] sind wir stolz, denn diese Strukturen dürften kaum in einer anderen gemischten Organisation zu finden sein. Aber für uns gibt es keinen Grund, den weiteren Prozess der Stiftungsentwicklung sich selbst zu überlassen.“

Dieses Zitat stammt aus dem Jahr 1999 und von Gunda Werner – unserer Namensgeberin.

Für uns war diese Aussage das Motto eines gründlichen Nachdenkens über die Strategien und politischen Schwerpunkte der feministischen und Geschlechterpolitik. Auseinandergesetzt haben wir uns auch damit, ob unsere institutionellen Arrangements, in zwei getrennten Einheiten zu arbeiten, noch Sinn macht. Wir haben außerdem die gesamte Auslandsarbeit der Stiftung in die Reflexion einbezogen und u. a. einen mehrtägigen Strategieworkshop für alle unsere Auslandsbüros in Lahore, Pakistan, organisiert.

Hauptmotivation für dieses Nachdenken und Bilanz ziehen war und ist, wie wir unsere geschlechterpolitische Schlagkraft noch verstärken und dabei vor allem geschlechterdemokratische und feministische Analysen und Perspektiven besser als in der Vergangenheit miteinander verzahnen können.

Bei allen Erfolgen der letzten Jahre haben wir in einer gemeinsamen Analyse festgestellt, dass FI und die Stabsstelle allzu häufig nebeneinander statt miteinander gearbeitet haben. Die Potenziale feministischer oder eben geschlechterdemokratischer Analysen, unsere männerpolitische Arbeit sind viel zu wenig in die politische Bearbeitung von Themen geflossen. Es gab zu wenig politische Synergien, viele Kompetenzen und viel geschlechterpolitisches Wissen wurden nicht optimal genutzt.

Jahrelang hat sich die Stiftung um eine gründlichere Debatte herum gedrückt, wie sich denn Feminismus und Geschlechterdemokratie zueinander verhalten. Wo unterscheiden sich beide Ansätze? Was zeichnet sie in ihrer jeweiligen politischen Reichweite eigentlich aus? Gibt es ein produktives Verhältnis zueinander oder eben nicht?

Neben diesen grundsätzlichen konzeptionellen Fragen und Überlegungen hatten wir einen großen Konsens darüber, dass eine Neustrukturierung

- an die Erfolge und Erfahrungen und an die feministischen und geschlechterdemokratischen Profile der alten Einheiten anknüpft. Denk- und Debattenräume – auch getrennte, wie das Ladies Lunch oder das Männerforum, brauchen wir jetzt und in Zukunft. Sie gehören also zum festen Repertoire in unserem geschlechterpolitischen und feministischen Angebot.
- am Leitbild Geschlechterdemokratie festhalten wird. Ein Leitbild, das die Überwindung von Macht- und Dominanzverhältnissen zwischen den Geschlechtern zum Ziel hat. Stereotype Geschlechterrollen im Politischen wie Privatem nicht nur zu hinterfragen, sondern im emanzipatorischen und demokratischen Sinn zu verändern, hat auch heute nichts an seiner politischen Schlagkraft eingebüßt.
- dass Geschlechterdemokratie auch weiterhin eine Gemeinschaftsaufgabe für alle Einheiten der Stiftung ist.
- Klar war auch, dass das neue Gunda-Werner-Institut über die gleichen personellen und finanziellen Mittel wie die vorherigen beiden Einheiten Stabsstelle und FI verfügen können und dass das GWI, wie vormals das FI, in der Satzung verankert wird.

Dennoch hat der gesamte Prozess neben Mut und Lust auf Neues auch Ängste und Skepsis ausgelöst - bei den KollegInnen beider Einheiten und auch beim ehrenamtlichen Frauenrat und unserem politischen Umfeld.

Dass wir heute nach vielen, vielen Monaten der Diskussion feiern können, hat damit zu tun, dass am Ende alle sehr konstruktiv mitgemacht haben. Dafür möchte ich mich sehr, sehr bedanken bei Gitti Hentschel, bei Henning von Bergen, bei Ulrike Allroggen und bei Karin Fröhlich. Der ehrenamtliche Frauenrat war eine wunderbare reflexive und konstruktive Unterstützung. Tausend Dank dafür.

Wir haben das GWI bei der letzten Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung in der Satzung verankert, die personellen und finanziellen Ressourcen sind gesichert, wir erarbeiten ein umfassendes geschlechterpolitisches Grundsatzpapier für die Gesamtstiftung, wir schärfen das thematische Profil des neuen Instituts (dazu später mehr) und wir werden in Kürze einen neuen und gemeinsamen Internetauftritt haben, der unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern und verstärken wird.

Wir geben nie und nimmer den Feminismus und auch nicht das Ziel Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie auf, wie so manche Zweiflerin und mancher Zweifler gefragt haben. Ich bin sehr überzeugt, dass wir mit dem neuen „Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie“ (GWI) nach innen und außen das produktive Miteinander feministischer, geschlechterdemokratischer und männerpolitischer Ansätze bei der politischen Bearbeitung von Geschlechterverhältnissen und -hierarchien beweisen werden. Denn uns geht es nicht um ein Entweder-Oder, sondern um **komplementäre** Strategien. In einem gemeinsamen Institut werden wir unsere Kräfte besser bündeln, politische Synergien, aber auch die ein oder andere Irritation unter uns und bei anderen erzeugen, unsere Blickwinkel erweitern und so hoffentlich insgesamt für eine neue Qualität in der Geschlechterpolitik stehen.

Gunda Werner – unsere Namensgeberin

Gunda Werner – so versicherte mir ihre Lebensgefährtin Annette Hecker – hätte sich über diese neue Etappe gefreut und sie als logischen Schritt betrachtet. Denn ihr ging es ja gerade darum, im Spannungsfeld zwischen feministischen Analysen und Strategien und den gerade sich entwickelnden geschlechterdemokratischen Ansätzen etwas Neues auszuprobieren.

Gunda Werner war Geschäftsführerin der FrauenAnstiftung, Philosophin und Organisationsentwicklerin gleichermaßen. Deshalb war sie von der Idee einer *Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie* in der neuen Stiftung so begeistert. Sie prägte die Ausgestaltung des Konzepts und die ersten Umsetzungsschritte entscheidend mit.

Gunda Werner steht für die immer wieder herausfordernde Suche nach neuen institutionellen und organisatorischen Formen – ein Merkmal, das sich nun in der Fusion von FI und GAGD widerspiegelt.

Viele fragen, wer war Gunda Werner? Wir ehren ihr Engagement posthum und nennen das neue Institut mit Freude nach Gunda Werner. Einer bis dato in der Öffentlichkeit kaum bekannten lesbischen Intellektuellen, die so gar nicht dem Mainstream sonstiger NamensgeberInnen von Institutionen entsprechen will:

Eine Frau, lesbisch, feministisch, auf der Suche nach Geschlechterdemokratie mit einer ganz und gar nicht linearen Ausbildungsbiographie. Damit steht sie genau für die Unkonventionalität, die das neue Institut ausstrahlen möchte.

Geschlechterpolitische Herausforderungen

Die Arbeits- und Aktionsfelder des Gunda-Werner-Instituts haben – außer in den Schwerpunkten Gender und Sicherheitspolitik und Gender und Religion - einen starken innenpolitischen Bezug.

Deshalb noch ein paar Worte zum politischen Rahmen, in dem das GWI agieren wird.

Die Bündelung der feministischen und genderpolitischen Kräfte brauchen wir mehr denn je. Denn machen wir uns nichts vor: Geschlechterpolitik, Geschlechteranalysen und erst recht feministische Analysen und Gesellschaftsentwürfe haben einen schweren Stand in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung in unserem Land. Sie ist nirgendwo wirklich Querschnittspolitik.

Das neuerliche Nachdenken über die Relevanz von Feminismus und Geschlechterdemokratie zumindest in manchem politischen Feuilleton sollte uns da nicht täuschen. Vielleicht stimmt es ja doch, dass keine Gesellschaft, kein Gemeinwesen, keine Kultur heute der Auseinandersetzung um die Geschlechterordnung entgehen kann und der Feminismus historisch vielleicht doch nicht überholt ist, wird immerhin wieder lauter gefragt.

Aber: die **öffentliche Diskussion** in Deutschland entzündet sich zu sehr an der Familienpolitik bzw. an der Debatte um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Elterngeld, Krippenplätze, Ganztagschulen, all das löst(e) vor allem in den konservativen und religiösen Milieus sowie innerhalb der christdemokratischen

Parteien eine heftige Debatte aus. Ein Verdienst der Familienministerin ist es, dass öffentlich - wie lange nicht - alte und neue Geschlechterrollen gegeneinander konturiert und diskutiert werden. Und wie lange nicht ist auch das Rollenbild von Männern in die öffentliche Debatte geraten.

Gleichzeitig haben andere geschlechterpolitische Herausforderungen (Gesundheit, Bildung, Sozialreformen, Grundeinkommen ...) kaum eine Chance öffentlich diskutiert zu werden. Außerdem gibt es neue polemisierende Attacken (auch nach der Kampagne gegen das Antidiskriminierungsgesetz) gegen geschlechterpolitische Errungenschaften aus dem rechtskonservativen Milieu. Paradigmatisch stehen hierfür die Debatten in einigen deutschen Leitmedien. So versuchen FAZ und Spiegel mit Häme, Unterstellungen und ideologischen Aussagen aus der Mottenkiste emanzipatorische Fortschritte der letzten Jahre zu desavouieren. Hier werden diffuse Ängste mobilisiert und gezielt Aggressionen geschürt. Hier sollen wohl tradierte Vorstellungen von Männlichkeit behauptet und Instrumenten wie *Gender Mainstreaming* soll der Garaus gemacht werden. Solche Beiträge entziehen sich damit zwar jeder differenzierten Auseinandersetzung um zukünftige Aufgabenfelder von Geschlechterpolitik, die hier artikulierten Positionen sind jedoch nicht zu unterschätzen, denn sie schaffen die Stimmung, Tonlage und das Umfeld gegen weitere ambitionierte geschlechterpolitische Projekte.

Den „konservativen Feminismus“, den sich nun auch Ministerin von der Leyen vorstellen kann, sollten wir uns genauer ansehen. Zwar punktet sie mit ihren familienpolitischen Initiativen, gleichzeitig erleben wir aber einen realpolitischen Backlash in der Frauen und Geschlechterpolitik.

Denn in Deutschland sind

- Gleichstellungspolitische Ansätze generell der Familienpolitik untergeordnet oder werden ganz durch sie ersetzt. Exemplarisch ist hierfür das Elterngeld. Zwar bezieht es – immerhin – auch Männer/Väter als Zielgruppe ein, es zielt jedoch einerseits auf die optimale Nutzung der qualifizierten männlichen wie weiblichen Arbeitskräfte, andererseits auf Steigerung der Geburtenrate in der deutschen Bildungsbürgerschicht.
- Frauenförderpolitik ist öffentlich kaum noch sichtbar oder konzentriert sich weitgehend auf weibliche Karriereförderung. Finanzmittel auf Bundes- und EU-Ebene für Frauenförderung werden zusammengestrichen.
- Gesetzliche Initiativen gegen Lohndiskriminierung von Frauen, ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft oder für einen ehgattenunabhängigen Aufenthaltsstatus von Migrantinnen sind nicht in Sicht.

- Wegweisende Instrumente wie das *Gender Mainstreaming*, die das Potenzial haben, politische Initiativen und Maßnahmen in allen Institutionen und Organisationen am Ziel Geschlechtergerechtigkeit auszurichten und im Amsterdamer Vertrag der EU verankert sind, werden nun von der Bundesregierung wieder auf „Gleichstellungspolitik als präventiv ausgerichtetes Vorgehen“ reduziert.
- Konzepte, die die hierarchische Geschlechterordnung, die sozialen Zuschreibungen von „männlich“ und „weiblich“ und die damit zusammenhängende gesellschaftliche Werteskala und Rangordnung grundlegend verändern könnten, bleiben auf der Strecke bzw. wurden im Regierungshandeln nie mitgedacht (z.B. in der Bildungspolitik).
- Verbindliche Vorgaben wie Quoten und erst recht strukturpolitische Maßnahmen, die auf Auflösung der Abhängigkeitsverhältnisse in Partnerschaften und damit auf eigenständige Existenzsicherung der Individuen abzielen, haben kaum Chancen. Im Gegenteil konservieren sozial- und steuerpolitische Vorgaben weiterhin das traditionelle Ehe- und Familienmodell, wie z.B. die neue Versorgungspflicht der Ehegatten von ALG II-EmpfängerInnen und das Ehegattensplitting, das nicht endlich abgeschafft, sondern im Sinne der neu propagierten Familienideologie zu einem Familiensplitting wird.
- Zu Geschlechterpolitik gehört eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschlechterrolle von Jungen und Männern. Längst ist deutlich, dass auch Jungen und Männer negativ von einer geschlechterblinden Bildungs-, Gesundheits-, Migrations- oder Arbeitsmarktpolitik betroffen sind. Gewalt, Vandalismus, Sucht, Kriminalität sind laut Statistiken männlich dominiert. Sich mit der „Krise der Männlichkeit“ aktiv auseinanderzusetzen, erfordert insgesamt einen geschlechtersensiblen politischen Perspektivwechsel und vor allem auch männliche Vorbilder, die sich des Themas in der politischen und öffentlichen Sphäre annehmen.

Feminismus, Frauen- und Männerpolitik organisatorisch unter ein Dach zu bringen, hätte - davon bin ich überzeugt - Gunda Werner mit Freude mitgetragen. Denn das ist nicht das Ende des eigenständigen feministischen Denkens und Handelns und der unterschiedlichen geschlechterdemokratischen und männerpolitischen Ansätze. Ich hoffe auf den wechselseitigen Nutzen, die Perspektive des anderen Geschlechts bzw. der Diversität mitzudenken. In diesem Sinne wünsche ich uns heute eine anregende Debatte und ein schönes Fest!
Danke!